

„Brückenstrompreis“ – So will Habeck die Industrie über Jahre subventionieren

Welt, 05.05.2023, Philipp Vetter

https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus245188288/Habeck-will-mit-Brueckenstrompreis-Industrie-ueber-Jahre-subventionieren.html?sc_src=email_4276645&sc_lid=436686260&sc_uid=9b9AoAFTYB&sc_lid=3913&sc_cid=4276645&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Strom ist teuer in Deutschland und droht zum entscheidenden Standortnachteil zu werden. Trotz aller Kritik möchte Robert Habeck daher mit einem Sondertarif für die Industrie gegensteuern. Der Wirtschaftsminister knüpft das an Bedingungen.

An Konflikten mangelt es Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) derzeit nicht: Noch immer wird heftig über seine Pläne gestritten, neue Gasheizungen ab dem kommenden Jahr de facto zu verbieten, und sein wichtigster Staatssekretär Patrick Graichen steht seit Tagen in der Kritik, weil er seinen Trauzeugen auf einen hoch dotierten Posten bei einem staatseigenen Unternehmen hieven wollte.

Ausgang dieser Affäre: ungewiss. Doch Habeck eröffnet am Freitagvormittag trotzdem noch eine weitere Front im Ampel-Streit.

Habecks Ministerium verschickte ein sogenanntes Arbeitspapier zum Industriestrompreis. Kein Gesetzentwurf ist das, eher eine Art Willensbekundung des Klimaschutzministers. Dass die bei seinen Koalitionspartnern nicht freudig begrüßt werden würde, musste Habeck klar sein. Seit Wochen wird hinter den Kulissen über einen vergünstigten Strompreis für die Industrie diskutiert.

Doch schon bevor der Vorschlag auf dem Tisch lag, hatten sich mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) die wichtigsten Vertreter von zwei der drei Ampel-Parteien dagegen ausgesprochen. Das Papier nun trotzdem zu veröffentlichen, ist damit auch eine Kampfansage des Vizekanzlers an Kanzler und Finanzminister.

Wer recht hat, lässt sich in diesem Fall nicht so leicht erkennen. Denn dass es ein Problem gibt, würden wohl auch Lindner und Scholz nicht bestreiten: Seit Monaten ächzt die deutsche Industrie unter den hohen Energiepreisen.

Immer lauter werden die Warnungen, dass eine „schleichende Abwanderung“ der Firmen aus Deutschland bereits begonnen habe. So formulierte es in dieser Woche der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Volker Treier.

Der Standort Deutschland hat ein Problem

Während sich die Stimmung bei den Firmen, die im Ausland aktiv sind, aufhellt, bleiben Unternehmen in Deutschland pessimistisch.

Dass der Standort Deutschland ein Problem hat, ist unstrittig. Die Frage ist nur: Kann es sich das Land leisten, diesen Nachteil wegzufinanzieren? „Als Volkswirtschaft werden wir es auf Dauer nicht durchhalten, alles, was an normaler wirtschaftlicher

Tätigkeit stattfindet, zu subventionieren“, sagte Scholz. „Das sollten wir uns auch gar nicht angewöhnen.“

Doch genau das schlägt Habeck nun vor. Er nennt das Konzept nicht mehr „Industriestrompreis“, sondern „Brückenstrompreis“: Für besonders energieintensive Unternehmen soll der Strompreis auch nach dem Ende der Energiepreisbremsen bis 2030 gedeckelt bleiben. Sie sollen für 80 Prozent ihres Verbrauchs maximal sechs Cent pro Kilowattstunde bezahlen. Die Differenz zum Marktpreis übernimmt der Staat.

„Der Energiepreisschock gefährdet akut Deutschlands Wohlstand und seine starke industrielle Basis“, heißt es in dem Papier des Wirtschaftsministeriums. „Deutschland braucht seine Grundstoffindustrien genauso wie neue Zukunftsindustrien. Das ist nicht nur eine Frage ökonomischer Vernunft. Es ist auch eine Frage des sozialen Zusammenhalts sowie der geopolitischen Unabhängigkeit und Resilienz.“

Vor allem der Ukraine-Krieg und der damit einhergehende Wegfall des russischen Gases hätten die Krise verursacht. Langfristig müsse man einen „Transformationsstrompreis“ erreichen, indem man die erneuerbaren Energien schnell weiter ausbaut. Doch bis es so weit ist, müsse eben der „Brückenstrompreis“ verhindern, dass die Industrie abwandert.

Habeck versucht in seinem Papier, die Bedenken der Regierungspartner aufzufangen: „Dauersubventionen passen nicht zu unserer Wirtschaftsordnung, und wir können sie auch nicht durchhalten“, heißt es darin. Und doch sollen sie für mindestens sieben Jahre gezahlt werden.

Billiger Strom nur gegen Standortgarantien

Man stehe nun mal im harten Wettbewerb, insbesondere mit den USA und China. Über die Wertschöpfungsketten und Verflechtungen der Wirtschaft würden auch die Unternehmen und ihre Mitarbeiter von einer solchen Subvention profitieren, die selbst nicht zu den energieintensiven Branchen gehören.

Habeck plant, den vergünstigten Strom an Bedingungen zu knüpfen: Wer ihn will, müsse nicht nur langfristige Standortgarantien abgeben und sich tariftreu verhalten, sondern sich auch verpflichten, bis 2045 klimaneutral zu produzieren.

Insgesamt sollen sich die Kosten auf 25 bis 30 Milliarden Euro belaufen. Geht es nach Habeck, kommt das Geld aus dem Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF).

„Die erheblichen strukturellen Ausgabennotwendigkeiten in anderen Bereichen (Verteidigung, Migration, Kinderarmut) machen eine Finanzierung dieser temporären Krisenmaßnahme aus regulären Haushaltsmitteln weder möglich noch zielführend“, heißt es in dem Papier.

„Eine Finanzierung aus dem Klima- und Transformationsfonds würde dazu führen, dass die Programme zur Dekarbonisierung der Industrie (bspw. Klimaschutzverträge) oder Gebäude (bspw. zur Heizungsumstellung) nicht mehr zu finanzieren wären.“ Der WSF sei deshalb das „einzige realistische Mittel“.

Lindner stimmt immerhin in dem Punkt zu, dass es für das Konzept im Haushalt keinen Spielraum gebe. Zwar wolle auch er die Wettbewerbsfähigkeit steigern, schrieb er schon vor der Veröffentlichung von Habecks Papier im „Handelsblatt“.

FDP widerspricht Habecks Konzept

„In erster Linie auf direkte staatliche Hilfen zu setzen ist allerdings ökonomisch unklug“, argumentierte der FDP-Chef. Auch der energiepolitische Sprecher der Liberalen, Michael Kruse, widersprach am Freitag umgehend Habecks Konzept: „Insbesondere die Abschaltung der Kernkraftwerke hat zu einer Reduktion des günstigen Stromangebots geführt“, sagte er.

„Es ergibt keinen Sinn, wenn der Wirtschaftsminister erst die günstigsten Grundlast-Kraftwerke aus dem Markt drängt, nur um dann mit staatlichen Subventionen um sich zu werfen.“ Statt Geld zu versprechen, das nicht vorhanden sei, solle Habeck an „klugen Rahmenbedingungen“ arbeiten, dazu gehöre eine Reform der Energiesteuern.

Auch in der Industrie tut man sich schwer, sich auf eine einheitliche Position zu verständigen. Das liegt auch daran, dass einige von Habecks Vorschlägen profitieren würden, andere hingegen nicht.

„Was auf den ersten Blick Entlastung von den hohen Energiepreisen verspricht, erweist sich auf den zweiten Blick als riesige Wettbewerbsverzerrung zulasten des Mittelstands“, sagte die Präsidentin der Familienunternehmer, Marie-Christine Ostermann.

Die Chefin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, kritisierte, „der wichtige industrielle Mittelstand zum Beispiel wird dadurch im Wesentlichen außen vor gelassen. Dabei ist gerade dieser Sektor ebenfalls auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen.“ Die Konfliktherde werden Habeck so schnell nicht ausgehen.